

# Bald soll «Frauenquote light» gelten

Eine 30-prozentige Vertretung beider Geschlechter in Leitungsgremien: An diese Vorgabe sollen sich staatsnahe Betriebe künftig halten.

Roseline Troxler

Vor gut drei Jahren hat der Luzerner Kantonsrat eine «Frauenquote light» beschlossen. Betriebe, an welchen der Kanton Luzern beteiligt ist, sollen künftig von Gremien geleitet werden, in denen rund 30 Prozent von beiden Geschlechtern vertreten sind. Den Antrag zur Beteiligungsstrategie 2018 stellte die heutige Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj (SP, Luzern). Der Antrag wurde mit 83 zu 28 Stimmen gutgeheissen.

Die klare Zustimmung dürfte auch daran gelegen haben, dass von einer 30-prozentigen Vertretung abgewichen werden kann. Dann braucht es allerdings eine Begründung. Einfluss auf die Zusammensetzung von Leitungsgremien hat ausserdem, dass gewisse Personen wie Regierungsräte von Amtes wegen vertreten sind.

## Beteiligungsstrategie wird nur alle vier Jahre angepasst

Wie schaut es mit der Umsetzung der Vorgabe aus? Hansjörg Kaufmann, Leiter der Dienststelle Finanzen, erklärt: «Die Beteiligungsstrategie, die zuletzt 2018 aktualisiert wurde, wird alle vier Jahre überarbeitet.» Daher ist die Vorgabe derzeit noch nicht in der Beteiligungsstrategie festgehalten. Bei dieser handelt es sich um einen Zusammenzug aller Eignerstrategien von Organisationen, an welchen der Kanton beteiligt ist. Das sind derzeit 23 Eignerstrategien. «Die Beteiligungsstrategie 2022 soll in der Oktobersession 2021 beraten werden.» Im November 2020 haben die einzelnen Departemente den Projektauftrag erhalten, die Eignerstrategien zu überarbeiten. «Die Regierung will die Bemerkung einer Geschlechtervertretung in die Beteiligungsstrategie 2022 integrieren», so der Dienststellenleiter.

Die 30-Prozent-Vertretung soll in den obersten Leitungsgremien, also etwa in Verwaltungsrat und Geschäftsleitung, umgesetzt werden. «Bei den Minderheitsbeteiligungen kann der Kanton Luzern aber lediglich auf die Umsetzung hinwirken, da die übrigen Partnerorganisationen für das Anliegen gewonnen werden müssen», erklärt Hansjörg Kaufmann.



Organisationen, an welchen der Kanton Luzern beteiligt ist: das Luzerner Kantonsspital, die Uni Luzern, die Stiftung Schloss Wyher und die Speicherbibliothek AG (im Uhrzeigersinn).



Bild: Patrick Hürlimann/Pius Amrein/Nadia Schärli/Eveline Beerkircher

GLP-Kantonsrätin Ursula Berset aus Buchrain hat gestern einen Vorstoss zur Situation in den Leitungsgremien eingereicht (siehe Box).

## So gut wird die künftige Vorgabe derzeit eingehalten

Recherchen zeigen: Über alle 23 Organisationen gesehen, liegt der Frauenanteil bei den strategischen Leitungsorganen aktuell bei 27,3 Prozent. Derzeit ist man von der 30-Prozent-Vorgabe also an einigen Orten noch entfernt. Ein paar Beispiele:

— Bei der **Luzerner Kantonalbank** ist die Geschäftsleitung rein männlich, im achtköpfigen Verwaltungsrat sitzen aber zwei Frauen.

— In der Geschäftsleitung der **Luzerner Pensionskasse** sitzen ebenfalls nur Männer. Im

## Frauenquote: GLP stellt Fragen

**Gleichstellung** In Leitungspositionen von Unternehmen wie der Luzerner Kantonalbank oder der Luzerner Pensionskasse, die vom Kanton dominiert sind, müssen beide Geschlechter mit mindestens 30 Prozent vertreten sein. Ist das nicht möglich, müssen die Leitungsorgane dies begründen. Diese Bemerkung inklusive Ausnahmeregelung überwies der Kantonsrat im Oktober 2017 bei der Beteiligungsstrategie. Nun will GLP-Parlamentarierin Ursula Berset aus Buchrain wissen, wie sich die aktuelle Situation präsentiert. Gestern hat sie einen entsprechenden Vorstoss eingereicht.

Für die Ökonomin ist eine angemessene Teilhabe beider

Geschlechter in den Leitungspositionen nicht einfach wünschenswert, sondern eine «sehr effiziente Methode, um bessere Ergebnisse zu erzielen». Durchmischte Teams würden bessere Resultate erzielen, weil sie Entwicklungen aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten und weniger über blinde Flecken stolpern würden. Berset macht auch auf die demografische Entwicklung aufmerksam: Aktuell würden fast doppelt so viele Personen aus dem Arbeitsleben ausscheiden als nachfolgen. «Wir werden es uns nicht mehr leisten können, weiterhin nicht das Potenzial der gesamten Bevölkerung auszuschöpfen», so die GLP-Politikerin. (ms)

Vorstand sind zehn Männer und zwei Frauen vertreten, was einem Frauenanteil von knapp 17 Prozent entspricht.

— Die **Uni Luzern** erreicht die künftige Vorgabe sowohl bei der Universitätsleitung (Frauenanteil: 33 Prozent) wie auch beim Universitätsrat (38 Prozent).

— Bei der **Pädagogischen Hochschule** liegt der Frauenanteil mit 50 Prozent bei der Hochschulleitung und 44 Prozent beim PH-Rat ebenfalls klar über 30 Prozent.

— In der Geschäftsleitung der **Stiftung Brändi** sitzen drei Männer und drei Frauen, im Stiftungsrat sind sieben Männer und fünf Frauen vertreten.

— Nicht erreicht wird die 30-Prozent-Vorgabe beim **Lu-**

**zerner Kantonsspital**. Die Geschäftsleitung besteht aus 13 Männern und zwei Frauen, der Spitalrat aus neun Männern und drei Frauen. Dies entspricht einem Frauenanteil von gut 13 Prozent respektive 25 Prozent.

Ab Mitte 2021 werden das Luzerner Kantonsspital (Luks) und das Kantonsspital Nidwalden zum Spitalverbund. Im Dezember hat das Luks daher die neue Organisationsstruktur kommuniziert. Die erweiterte Geschäftsleitung setzt sich aus 12 Männern und zwei Frauen zusammen.

## Unmut über Frauenanteil beim Kantonsspital

Die tiefe Frauenvertretung am Luks hat bei Mitarbeitenden Unmut ausgelöst. In einem anonymen Schreiben, das unserer Zeitung vorliegt, heisst es: «Dies sind Zahlen, die Kopfschütteln auslösen, insbesondere wenn man in Betracht zieht, dass das Gesundheitswesen ein sehr frauendominierter Bereich ist.» Laut dem Luzerner Kantonsspital beträgt der Frauenanteil insgesamt 78 Prozent. Im Brief wird zudem gefragt, wie es möglich ist, «dass bei einem so grossen kantonalen Betrieb von über 7200 Mitarbeitenden so wenig Frauen in der strategischen Führung vertreten sind.» Das Luks äussert sich nicht auf die Frage zum Unmut von Mitarbeitern.

Zur neuen Besetzung heisst es: «Für die neue Organisationsstruktur wurden Funktionen, die so oder vergleichbar bereits heute in der Führung des Luks vertreten sind, mit bestehenden und bewährten GL-Mitgliedern besetzt.» Für eine erfolgreiche Überführung des Betriebs in die neue Spitalgruppe sei es dem Spitalrat wichtig, dass langjährige und gut etablierte Führungskräfte erhalten bleiben, sagt Luks-Sprecher Markus von Rotz. Noch zu besetzen seien die beiden neuen Funktionen für die Leitung des Zentrums Luzern und der Regionen. Dabei seien die fachlichen Qualifikationen und Fähigkeiten der Bewerberinnen und Bewerber entscheidend. Von Rotz sagt aber: «Ein höherer Frauenanteil in der Geschäftsleitung des Luks wird sehr begrüsst – bei gleichwertigen Bewerbungen ist deshalb vorgesehen, Frauen zu bevorzugen.»

## Regierung will Wartezeiten in Psychiatrien senken

**Gesundheit** Wer sich im Kanton Luzern für ambulante psychiatrische Leistungen anmeldet, muss mit einer mehrmonatigen Wartezeit rechnen. Das schreibt die Luzerner Regierung in ihrer Antwort auf ein Postulat von Kantonsrat Hannes Koch (Grüne, Luzern). Dieser verlangte die «Prüfung schnell wirkender Massnahmen für die Reduktion der Wartezeiten im ambulanten Bereich der Psychiatrie».

Im Dezember 2020 hat der Regierungsrat den Planungsbe-

richt über die nachhaltige Entwicklung der Psychiatrie im Kanton Luzern in die Vernehmlassung gegeben. Der Bericht zeige «ein deutliches Missverhältnis zwischen der Nachfrage nach ambulanten psychiatrischen Leistungen und dem verfügbaren Angebot», schreibt die Regierung in ihrer Antwort. Infolge der Coronapandemie sei die Nachfrage weiter gestiegen. Der Regierungsrat beantragt darum die Erheblicherklärung des Postulats. (dlw)

## Digitale Teilnahme im Kantonsrat wird geprüft

**Parlament** Corona hat Fragen zum Parlamentsbetrieb aufgeworfen. Mit einer Motion verlangte Kantonsrat Mario Cozzio (GLP, Sursee) vom Regierungsrat, eine Vorlage zur Änderung der Geschäftsordnung des Kantonsrats auszuarbeiten, damit Ratsmitglieder in bewilligten Ausnahmefällen digital an Sessions teilnehmen können.

Wie der Regierungsrat in seiner Antwort schreibt, sei die Sache aber nicht so einfach. Denn um eine digitale Teilnahme zu

ermöglichen brauche es mehr als eine Änderung der Geschäftsordnung. Dafür seien «Anpassungen im Kantonsratsgesetz und allenfalls sogar in der Verfassung nötig», so die Regierung. Sie anerkenne jedoch, dass eine «sorgfältige Auseinandersetzung, wie die Funktions- und Arbeitsfähigkeit des Kantonsrates in Krisensituationen sichergestellt werden kann, unabdingbar ist» und beantragt die teilweise Erheblicherklärung der Motion. (dlw)

## Luzerner Firma produziert Impfsätze für den Bund

**Coronapandemie** Die Sempacher Medizinaltechnikfirma B. Braun Medical AG hat einen Bundesauftrag ergattert. Wie das Unternehmen mitteilt, habe es vom Bundesamt für Gesundheit und dem Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport den Zuschlag für die Herstellung von Covid-19-Impfsätzen erhalten.

Das Set sei von B. Braun konzipiert worden und bestehe aus Spritzen, Nadeln, Hautdesinfektion und Pflaster. Die Firma ver-

füge «seit vielen Jahren über eine hohe Kompetenz im Bereich der individuellen Selbstfertigung für Schweizer Spitäler», schreibt B. Braun: «In Sempach gibt es einen eigens dafür ausgelegten Produktionsbereich.»

Hergestellt werden die Impfsätze an den Standorten Crissier und Sempach. Die Produktion laufe seit Dezember 2020 auf Hochtouren, so B. Braun weiter. «Dazu wurden temporär 50 Mitarbeitende zusätzlich eingestellt.» (dlw)